Quotenregelung für Norwegens Unternehmen

40 Prozent Frauen - oder harte Strafen

Norwegen macht ernst mit der Gleichberechtigung in der Wirtschaft: Seit dem Jahreswechsel läuft eine Zweijahresfrist, in der der Frauenanteil in den Führungsgremien auf 40 Prozent erhöht werden muss. Firmen, die das nicht schaffen, drohen harte Strafen. **Regina König** berichtet.

Quotenregelung für Norwegens Unternehmen

40 Prozent Frauen - oder harte Strafen

Norwegen macht ernst mit der Gleichberechtigung in der Wirtschaft: Seit dem Jahreswechsel läuft eine Zweijahresfrist, in der der Frauenanteil in den Führungsgremien auf 40 Prozent erhöht werden muss. Firmen, die das nicht schaffen, drohen harte Strafen.

Von Regina König, ARD-Hörfunkstudio Stockholm

[Bildunterschrift: Grete Faremo: Quote statt Festreden]

Grete Faremo war in den 90er Jahren Justizministerin im Kabinett von Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Heute sitzt sie in der Konzernleitung des Software-Giganten Microsoft. Für die Juristin gibt es nur einen Weg, um Gleichstellung durchzusetzen: Die Quotierung. "Vor ein paar Jahren lag der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der allgemeinen Aktiengesellschaften bei rund sechs Prozent. Als ein Quotierungs-Gesetz drohte, stieg er immerhin auf rund 20 Prozent", so Faremo. Jahrzehntelang habe man in Festreden gehört, wie wichtig Gleichstellung und die Nutzung weiblicher Kompetenz ist, aber es sei nur wenig passiert. "Selbstverständlich geht es vor allem um die Fähigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder. Aber es wäre doch unsinnig, die Auswahl nur auf Männer, also auf 50 Prozent der Kandidaten zu beschränken", meint die Managerin.

"Kein Zweifel, es gibt genügend kompetente Frauen"

Kompetenz ist das Schlagwort, mit dem vor allem die Gegner der Quotierung ins Feld ziehen. Traurig aber wahr, heißt es, es gäbe auch in Norwegen nicht genügend kompetente Frauen. Eine Behauptung, die Turid So-Vang zur Weißglut treibt: "Ich dachte, dieses Argument sei längst tot und für alle Zeit begraben", sagt die Headhunterin. "Kein Zweifel, es gibt genügend kompetente Frauen, und sie wollen Macht ausüben." Quotierung heiße, die Zahl der kompetenten Kandidaten zu erhöhen, meint auch die Headhunterin. "Früher rief man einen Freund oder Bekannten an und fragte: Willst Du

in meinen Aufsichtsrat? Seit der Quotierungsdebatte geht es um Kompetenz - auch bei Männern", so Turid So-Vang.

Quote nicht ernst genommen

"Female Future" heißt das Projekt des norwegischen Industrieverbandes, mit dem weibliche Führungskräfte ausgebildet und gefördert werden sollen. Das Quotierungsgesetz konnte der Verband damit allerdings nicht verhindern. Zwei Jahre seien viel zu kurz, um den Frauenanteil in den Vorständen der Aktiengesellschaften auf 40 Prozent zu erhöhen, lässt klagend der Verbandsvorsitzende verlauten. Karita Bekkemellem, als Familienministerin auch für Gleichstellung zuständig, hat die Nase voll. "Die Wirtschaft hatte jahrelang Zeit, die Quote zu erfüllen. Mir scheint aber, es wurde nicht richtig ernst genommen." Einige Unternehmen hatten sich überhaupt nicht bemüht, den Frauenanteil in den Aufsichtsräten zu erhöhen. Nun müsse die Wirtschaft Verantwortung übernehmen und das Gesetz befolgen.

Im Extremfall droht Zwangsauflösung

[Bildunterschrift: Karita Bekkemellem: "Es gibt mehr kompetente Frauen, als man in der Wirtschaft glaubt"]

In letzter Konsequenz droht die Zwangsauflösung eines Unternehmens, wenn die Frauenquote in den Kontrollgremien nicht erfüllt wird. Das klingt drastisch. Aber das Gesetz sieht vor, dass die Regierung dies verhindern kann, wenn - wie es etwas bürokratisch heißt - wesentliche gesellschaftliche Belange dies verlangen. "Die meisten Politiker sind sich darüber einig, dass es unmöglich wäre, etwa den Kvaerner-Konzern aufzulösen und 10.000 Leute auf die Straße zu setzen, nur weil das Unternehmen eine geschlechtsspezifische Quotierung nicht einhält", so Erna Solberg, Vorsitzende der Konservativen. Das Gesetz sehe andere Sanktionsmöglichkeiten vor. "Im übrigen glaube ich, dass es viel mehr kompetente Frauen gibt, als man in der Wirtschaft glaubt." Die Stunde der Wahrheit schlägt in zwei Jahren, wenn gut 500 Unternehmen ihren Frauenanteil in den Führungsgremien von jetzt 16 auf 40 Prozent erhöht haben müssen.

tagesschau.de Stand: 02.01.2006 16:21 Uhr

Vertrauensvorschuss aufgebraucht

In Norwegen und Schweden arbeiten die Regierungen an gesetzlichen Quoten für Vorstände von Aktiengesellschaften.
40 bzw. 25 Prozent der Posten sollen bis 2005 mit Frauen besetzt sein. Qualifizierte Kandidatinnen gibt es längst genug

stern.shortnews. 13.11.05

Norwegen will per Gesetz Chefinnenquote von 40 Prozent bis 2008 durchsetzen

Die norwegische Regierung will per Gesetz bis Ende 2008 einen Anteil von 40 Prozent an weiblichen Führungskräften in privaten Firmen erreichen. Sollten sich die Firmen nicht daran halten, müssten sie mit Sanktionen rechnen.

In extremen Fällen wolle man sogar die Firma behördlich auflösen, falls die Chefinnenquote nicht befolgt wird. Darauf wies die Gleichberechtigungsministerin Karita Bekkemellem in Oslo hin.

Die Regelung betrifft die 500 norwegischen Aktiengesellschaften. In denen seien deutlich zu wenig Frauen in den Vorständen. Das Gesetz gibt es seit dem Jahr 2003, aufgrund heftigen Widerstandes aus der Wirtschaft wurde es bisher aber nicht befolgt.

Norwegen: Frauenquote per Gesetz

Norwegens Regierung will den Frauen-Anteil in den Chefetagen von Unternehmen per Gesetz auf mindestens 40 Prozent steigern. Widerspenstige Firmen müßten Sanktionen befürchten, sagte die Gleichberechtigungsministerin Karita Bekkemellem in Oslo. Im schlimmsten Fall drohe den Unternehmen die Auflösung durch die Behörden. Betroffen von der Regelung seien etwa 500 Aktiengesellschaften, in denen Frauen in den Vorständen bislang deutlich unterrepräsentiert seien. Ab dem 1. Januar 2006 hätten die Firmen maximal zwei Jahre Zeit, dies zu ändern. *rtr*

Die.Welt.de Artikel erschienen am Mo, 14. November 2005

http://www.norwegen.no/policy/gender/womenquota.htm

Norwegen – die offizielle Seite in Deutschland
Gesellschaft & Politik

Frauen fördern Effektivität

Frauen arbeiten besser, so der norwegische Wirtschaftsminister.

26.05.2004 : Wenigstens wenn die Gechlechter auf dem Arbeitsplatz gleich vertreten sind, teil der norwegische Wirtschaftsminister der "Welt" mit und führt jetzt die Frauenquote ein. Eine Gleichverteiligung der Geschlchter soll die Effektivität erhöhen, laut Studien.

40 Prozent aller Aufsichtsratsposten in Aktiengesellschaften müssen mit Frauen besetzt werden. Für Staatsunternehmen gilt das Gesetz seit Anfang dieses Jahres. Der Ölkonzern Statoil erfüllt die Quote mit 45 Prozent bereits. Für die Privatwirtschaft gibt es eine Übergangsfrist bis 2007. Die Privatunternehmen sind noch weit vom Ziel entfernt.

Die Entscheidung ist nicht feministische, sondern ökonomische motiviert: "Die Forschung beweist, dass Firmen mit einer gleichmäßigeren Geschlechtsverteilung besser laufen, als wenn nur Männer herrschen," teilt der Wirtschaftsminister der ”Welt” mit.

Gesellschaft & Politik

Frauen in der norwegischen Politik

Frauen in Norwegen waren im Erlangen politischen Einflusses weitgehend erfolgreich. Vor dreißig Jahren waren nur 15% der Abgeordneten des Stortings (norwegische Nationalversammlung) Frauen, wohingegen in den letzten Jahren die Zahl zwischen 36% und 39% schwankte. Die vermehrte Gleichheit von Männern und Frauen in der politischen Entscheidungsfindung ist eng mit Bildungs- und Beschäftigungschancen für Frauen verbunden. Jedoch sind Kompetenz, Erfahrung, positive Verhaltensweisen in Bezug auf das Geschlecht und guter Wille an sich nicht genügend. Die Erfahrung zeigt, dass sich die proportionale Verteilung von Frauen in politischen Institutionen nicht erhöhen wird, solange keine zielgerichteten Maßnahmen wie besondere Kampagnen und Geschlechterquoten angewendet werden.

Das System der Geschlechterquoten wurde zuerst bei der Sozialistischen Linkspartei und der Liberalen Partei in den 70er Jahren eingeführt. Heutzutage wenden so gut wie alle großen norwegischen Parteien ein System der Geschlechterquote bei der Kandidatenaufstellung zu Wahlen und der Besetzung von Regierungspositionen an. Diese System ist freiwillig und selbst auferlegt. Norwegen hat keine gesetzlichen Bestimmungen über die Ausgewogenheit der Geschlechter in politischen Parteien oder direkt gewählten Körperschaften.

Ein Quotensystem wurde auch für öffentlich bestellte Komitees, Ausschüsse und Räte eingeführt. Vor dreißig Jahren waren Frauen nur zu 11% in solchen Versammlungen vertreten. Im Jahr 1981 wurden Regelungen in Bezug auf eine vorgeschriebene Geschlechterbalance in öffentlich bestellten Komitees etc. in das Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter eingebracht, und seit 1988 gibt es die Vorschrift, dass jedes Geschlecht zu einem Anteil von mindestens 40% vertreten sein muss. Gemäß der letzten Zusatzverordnung stieg der Anteil der weiblichen Vertreter von 22 Prozent auf stabile 40 Prozent im Jahr 1997.

Im Jahr 1986 berief Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland eine Regierung mit einer Rekordanzahl von Frauen. Seitdem wurde keine norwegische Regierung mehr mit weniger als 40% Frauen gebildet.

Vertretung der Geschlechter in betrieblichen Ausschüssen

Durchschnittlich 8.5% der Mitglieder in Ausschüssen (Anteilseigner und gewählte Belegschaftsvertreter) privater Aktiengesellschaften in Norwegen sind Frauen (Zahlen vom Juli 2003). In staatseigenen Betrieben liegt die Zahl bei 45.7% (Zahlen vom März 2003).

Seit dem 1. Januar 2004 sind die betriebsrechtlichen Vorschriften im Hinblick auf die Ausschussvertretungen aller staateigenen Unternehmen novelliert. Die Ausschüsse solcher Unternehmen müssen über eine mindestens vierzigprozentige Vertretung beider Geschlechter verfügen. Entsprechende Novellierungen für Aktiengesellschaften im Privatsektor wurden angenommen, doch diese Regelungen kommen nicht zur Anwendung, wenn die erwünschte Geschlechterbalance im Laufe des Jahres 2005 auf freiwilliger Basis erreicht wird. Diese Gesetzgebung wird eine erhöhte Geschlechtergleichheit sowie Demokratie sichern, das Management im Unternehmensbereich stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe fördern.

Diese Gesetzgebung findet bei privaten Gesellschaften mit beschränkter Haftung keine Anwendung. In Norwegen bestehen solche Gesellschaften meist aus kleinen Familienunternehmen, bei denen die Eigentümer natürliche Personen sind und sich selbst vertreten. Die Gesetzgebung zur Geschlechtervertretung ist für diese Art von Unternehmen weniger angemessen. Bei Aktiengesellschaften hingegen sind die Aktienanteile weitflächiger verteilt, und die Geschäftsführung hat weniger den Charakter natürlicher Personen.

Norwegisches Ministerium für Kinder- und Familienangelegenheiten